

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/52

Bonn, den 16. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |   |  |    |
|---|--|----|
| 1 | <u>Doppelte Bankrotterklärung auf dem ODU-Parteitag</u><br>"Wahlkampf" statt Leistungsnachweis         | 48 |
| 2 | <u>Havemann</u><br>Geist und Apparat   | 42 |
| 3 | <u>Aufklärungsbedürftige Unklarheit</u><br>In Gedanken an eine Regierungserklärung                     | 41 |
| 4 | <u>"Mittlere Unreife"</u><br>Das Elend mit den Kindergärten  | 38 |
| 5 | Wo Sozialdemokraten regieren:<br><u>Schweden hat es besser</u><br>Große Bildungschancen für die Jugend | 51 |

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Doppelte Bankrotterklärung auf dem CDU-Parteitag

### "Wahlkampf" statt Leistungsnachweis

sp - Bis jetzt hat man auf dem CDU-Parteitag in Hannover eigentlich nur e i n e Feststellung treffen können, die ungefähr den Zustand der stärksten Regierungspartei charakterisiert: Das ist die ständige Betonung, daß man sich bereits im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1965 befindet.

Alle Reden, die bisher gehalten wurden, klingen so, als stünde die CDU seit Jahren in der Opposition und als wolle sie 1965 endlich einmal die Regierung erobern. Das ist sehr merkwürdig, denn eigentlich sollte doch gerade die Adenauer-Partei mehr von ihrer bisherigen Regierungstätigkeit sprechen, als von dem, was sie angeblich nach 1965 zu tun gedenkt.

Da wird so geredet, als hätte man nicht schon bisher alles tun können, was man löblicherweise als zukünftige Taten ankündigt. Niemand hätte die CDU daran gehindert das zu verwirklichen, was ihr früherer Bundeskanzler und Parteivorsitzende, Dr. Konrad Adenauer, nicht nur auf Parteitagen den Delegierten als Zukunftsaufgaben darstellte, sondern auch in zahlreichen Regierungserklärungen immer wieder angekündigt hat.

Bekanntlich hatte die CDU bis 1963 die absolute Mehrheit im Bundestag; sie konnte also regieren und realisieren. Nach 1963 wurde die Sache etwas problematischer. Da nahm sie zwar die FDP als Juniorpartner mit in das Regierungsschiff, stellte jedoch wieder den Bundeskanzler, die Mehrheit im Kabinett, verfaßte überdies ein sogenanntes Koalitionspapier und hätte demzufolge in aller Ruhe regierend verwirklichen können, was ihr damaliger Kanzler und jetzt noch amtierende Parteivorsitzende in Aussicht gestellt hatte. Es geschah aber nichts.

Als Adenauer seinem damaligen Vizekanzler Prof. Erhard das Steuer des Regierungsschiffes übergeben mußte, hat dieser auch wieder in einer Regierungserklärung eine solche Fülle guter Vorhaben angekündigt, daß man ihm in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit einen guten Kredit einräumte.

Anstatt nun in Hannover zu sagen, was aus allen diesen Ankündigungen geworden ist, wird die Wahlkampftrompete geblasen. Und damit auch jeder glaubt, daß man es wenigstens damit ernst meint, verkündet der geschäftsführende CDU-Vorsitzende, Herr Dufques, unter brausendem Beifall der Delegierten, man wolle besagten Wahlkampf "mit den Methoden des bayerischen Parteifreundes Franz Josef Strauss" führen.

- \* Das ist eine d o p p e l t e Bankrotterklärung. E r s t e n s
- \* steht es einer langjährigen Regierungspartei schlecht an.
- \* ihren Parteitag so einzuleiten, daß jeder den Eindruck haben
- \* muß, sie wolle mit Wahlkampferolen ihr Defizit in der Re-
- \* gierungstätigkeit überdecken. Z w e i t e n s ist der
- \* Hinweis auf die Methoden des Franz Josef Strauss so ziemlich
- \* das Letzte, was man sich unter einem Wahlkampf in einem demo-
- \* kratischen Staat vorstellen kann.

Nun, der CDU-Parteitag in Hannover ist noch nicht zu Ende. Wir möchten im Interesse der deutschen Demokratie hoffen, daß schließlich doch noch etwas mehr dabei herauskommt, als die dröhnende Ankündigung der stärksten Regierungspartei, sie wolle sich jetzt schon "mit den Methoden des Franz Josef Strauss" in den Wahlkampf stürzen.

Havemann

### Geist und Apparat

sp - Ist nun für die SED der durch ein Interview mit einer Hamburger Zeitung ausgelöste Fall des Professor Havemann erledigt? Ulbrichts Bannfluch traf einen dem Regime unbequem gewordenen Mann, der zwar seiner Überzeugung nach Kommunist geblieben ist, zugleich aber zum leidenschaftlichen Kritiker der Praktiken des SED-Staates wurde und - wie viele andere vor ihm - das geistige Eingezwängtsein als unerträgliche Bürde empfand.

Havemanns Vorlesungen an der Ostberliner Humboldt-Universität haben den begeisterten Zuspruch wissenshungriger Studenten gefunden; sie, die aus allen Teilen der Zone nach Ostberlin kamen, lagen ihm zu Füßen und hörten aus seinem Munde für sie ungewohnte, aber begierig aufgenommene Botschaften - etwa jene, die Freiheit müsse umfassend sein.

Diese Wahrheit mit ihrer unberechenbaren Explosivkraft mußte zur Gefahr für ein Regime werden, das lebensfremden Dogmen verschworen ist, dessen wenige Anhänger in blinder Verkennung der vielschichtigen Wirklichkeit von heute in ihrem geistigen Habitus um viele Jahrzehnte zurückliegen. Für sie sind lebendiger Geist und die Suche nach Wahrheit Gift. Deshalb mußte Havemann gehen, deshalb wurde ihm der Lehrauftrag entzogen, deshalb blickt er einem für ihn ungewissen Schicksal entgegen. Der Apparat trug wieder einmal über den rebellierenden Geist den Sieg davon.

Ist es nicht ein Pyrrhus-Sieg? Der Fall des Professors Havemann wird zum Symbol. Er steht ja nicht für sich allein. Er belegt den Gährungsprozeß, der sich, wenn auch sehr verspätet, nun auch in Mitteleuropa vollzieht, als Ausdruck eines geistigen Ringens um die Veranschlichung des politischen Raums. In Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei hat dieser Prozeß die geistige Elite dieser Länder erfaßt und sie in eine Unruhe gestürzt, die die Grundlagen des Marxismus, Leninismus, der Staatsphilosophie kommunistischer Länder, immer mehr infrage stellt. In Prag konnte vor wenigen Wochen in aller Freiheit über Kafka und sein die Zeiten überdauerndes Werk diskutiert werden. Wie kläglich, geistfeindlich, borniert, engstirnig und dürrig nahmen sich die Beiträge von Ulbrichts literarischen Angesandten aus! Ihnen fehlten Tiefe und Brillanz und jene intellektuelle Redlichkeit, die man von Verteidigern politischer und philosophischer Doktrinen erwarten kann.

So richtig froh dürften die Herren von Pankow ihres neuesten "Sieges" nicht werden. Die Entfernung Havemanns von seinem Lehrstuhl an der Ostberliner Humboldt-Universität ist eine Manifestation der absoluten Schwäche, ein Triumph der Gewalt und der Brutalität. Ulbricht, dem viel taktisches Geschick und großes Anpassungsvermögen nachgerühmt wird, hat im Ringen mit zu neuen Ufern vorstoßenden Geistern auf lange Sicht eine entscheidende Schlacht verloren.

### Aufklärungsbedürftige Unklarheit

#### Zum Gedenken an eine Regierungserklärung.

sp- Noch immer ist nicht ganz klar, was die Mehrheit der CDU/CSU und der Bundesregierung veranlaßt haben mag, bei den Bemühungen um die Vermenschlichung der Politik unter besonderer Berücksichtigung der unmenschlichen Zustände im geteilten Berlin sich den Anschein zu geben, als wolle sie eine Bremsfunktion ausüben. Hoffentlich wird man die Gründe für dieses Verhalten bald erfahren.

Bis dahin sei jedoch an die Regierungserklärung des Nachfolgers von Dr. Konrad Adenauer, Prof. Ludwig Erhard, erinnert. Am 17. Oktober 1963 erklärte der neue Bundeskanzler unter allgemeiner Zustimmung des Bundestages, der deutschen und internationalen Öffentlichkeit:

\*"Wir dürfen niemals erlahmen, die persönlichen Verbindungen  
\*zwischen den Menschen, die in beiden Teilen unseres Landes  
\*wohnen, neu zu knüpfen, zu festigen und den Besucher- und Rei-  
\*severkehr zwischen ihnen zu ermöglichen. Dabei denken wir  
\*auch nicht zuletzt an das geteilte Berlin; die Mauer mahnt  
\*uns und die ganze Welt täglich an die Erfüllung dieser humani-  
\*tären Verpflichtung. Wir werden alles in unseren Kräften Stehen-  
\*de tun, hier Erleichterungen und Verbesserungen herbeizuführen."

Wie man feststellen kann, hat Bundeskanzler Erhard mit Recht den Akzent bei dieser Erklärung auf den Begriff der humanitären Verpflichtung gesetzt, die wir als Deutsche haben, um unmenschliche von den Kommunisten geschaffene Zustände lindern zu helfen. In dieser Regierungserklärung wird nicht von Paragraphen geredet, es werden keine staatsrechtlichen Probleme aufgeworfen, es wird im Gegenteil deutlich gemacht, daß politisches Tun immer den Menschen dienen muß.

Der Berliner Senat hat sich vor Weihnachten und auch in der zweiten Runde der Passierschein-Verhandlungen an diese vom Bundeskanzler selbst gegebene Marschroute gehalten. Daß die andere Seite, die Kommunisten, versuchen würden, jede administrative und der Verbesserung menschlicher Beziehungen dienende Vereinbarung im kommunistischen Sinne zu interpretieren, war zu erwarten. Die Frage ist nur, ob wir es in der Bundesrepublik notwendig haben, plötzlich so zu tun, als betrachteten wir kommunistische Argumente als stichhaltig.

Es bleibt zu hoffen, daß über alle diese Dinge in der nächsten Runde der Passierschein-Verhandlungen vernünftig und ruhig beraten wird, denn nichts wäre der Sache, um die es geht, abträglicher, als würden wir uns alle nicht an die von Bundeskanzler selbst abgegebene Erklärung halten.

+ + +

## "Mittlere Unreife"

### Das Elend mit den Kindergärten

K.K. - Wäre die Politik so reich an Taten wie an Schlagworten, dann ginge es uns in mancher Hinsicht sehr viel besser. Wir bräuchten uns z.B. keine Sorgen darüber zu machen, ob unsere Kinder in den Kindergärten wirklich gut aufgehoben sind. In Nordrhein-Westfalen fehlen Jugendleiterinnen und Kindergärtnerinnen. Einen Bestand von 5 188 steht ein weiterer Bedarf von etwa 4 000 gegenüber. So wenigstens weisen es die Unterlagen des Arbeits- und Sozialministeriums aus.

Ein modernes politisches Schlagwort heißt: Aufwertung der sozialen Berufe. Dahinter verbirgt sich nicht nur das schlechte Gewissen der Verantwortlichen, sondern auch ein wesentlicher Grund für den Personalmangel im Sozialbereich. Für den "Gotteslohn" arbeiten heute - und man kann das verstehen - nur noch wenige Menschen in Krankenhäusern, Kindergärten und an ähnlicher verantwortlicher Stelle.

Zwar zeigt sich seit einiger Zeit so etwas wie eine "Götterdämmerung" auf diesem Gebiet. Nur bis hinein in die Kindergärten leuchtet das Licht der nüchternen Erkenntnis noch nicht. Da verlangt man zwar ganz richtig von den zukünftigen Kindergärtnerinnen wegen der pädagogischen Anforderungen in ihrem schönen Beruf die mittlere Reife und eine dreijährige Ausbildung. Was ihnen aber finanziell geboten wird, kommt über das nicht hinaus, was Behörden ihren jungen weiblichen Schreibkräften als Anfangsgehalt zahlen: BAT VIII. Nur in seltenen Fällen ist später eine Höhergruppierung nach BAT VII möglich.

So jedenfalls stellt das Arbeits- und Sozialministerium die für Nordrhein-Westfalen geltende Lage dar. In Hamburg z.B. bezahlt man die Kindergärtnerinnen weitaus besser, eben gerecht nach den von ihnen geforderten Leistungen! Entschuldigend erklärt das Düsseldorfer Ministerium: In Hamburg sind kommunale Kindergärten die Verhandlungspartner, in Nordrhein-Westfalen haben von den 3 100 Kindergärten 50 Prozent einen katholischen und weitere 50 Prozent einen evangelischen Träger.

Hier aber steht nicht eine Weltanschauung, sondern nur die reine Vernunft zur Diskussion. Wenn in Nordrhein-Westfalen dringend benötigte Kindergärten schließen müssen, weil nicht genügend Kräfte unter Wert und Preis tätig sein wollen, dann kann das unmöglich mit der Rücksichtnahme auf Ansichten entschuldigt werden, denen man das Prädikat "mittlere Unreife" zusprechen möchte.

Schweden hat es besser

Große Bildungschancen für die Jugend

ca.-Stockholm

Die Bildungschancen werden in Schweden gegenwärtig für junge Menschen durch ein neues Reformwerk in einem Umfange verbessert, wie es sonst wohl nur noch in wenigen Staaten in der Welt der Fall ist und jedenfalls nicht in der Bundesrepublik. Aus einer in Stockholm veröffentlichten Übersicht geht hervor, daß die 1962 beschlossene Einführung der neunjährigen Grundschule nunmehr bis 1972 endgültig für sämtliche Kinder vollzogen sein wird. Dabei wird der Unterricht in Englisch schon in der vierten Klasse beginnen, um in den folgenden Klassen eine bessere Chance für das Erlernen weiterer Fremdsprachen zu haben. Vom siebenten Schuljahr an werden den Schülern (nach Neigung) eine Reihe von Wahlfächern angeboten. Im letzten Schuljahr sind die Volksschul-Klassen in neun Züge unterteilt. Sie führen die Schüler zur Oberschule sowie zum neusprachlichen, allgemein praktischen, technischen, technisch-praktischen, kaufmännischen, handelskundlichen, pflegeberuflichen und hauswirtschaftlichen Zweige.

Darauf baut sich eine zweijährige Fachschule für das zehnte und elfte Schuljahr auf, die wiederum die Auswahl unter vier Ausbildungswegen bietet. Es handelt sich hier um einen neusprachlichen, technischen, kaufmännischen und sozialberuflichen Zug. Daneben ist die Reform der Oberschule selbst angelaufen, wobei das Abitur abgeschafft und dem die Klasse begleitenden Lehrer eine detaillierte Qualifikation für den einzuschlagenden und gewünschten Beruf mitgeben wird. Das Abitur selbst kann bislang noch in sechs verschiedenen Zweigen abgelegt werden, wobei auch schon seit langem der sozialkundliche dabei ist.

Die Universitäten und Hochschulen Schwedens werden gegenwärtig enorm ausgebaut. Die beiden alten, in Uppsala und Lund, und die beiden neuen, in Stockholm und Göteborg, werden erheblich erweitert und mit neuen Instituten und Akademien versehen. In Umeaa, in Nord-Schweden, geht eine neue Universitätsstadt ihrer Vervollständigung entgegen.

In diesem Zusammenhang ist ein Blick in das schwedische Staatsbudget interessant. Die staatlichen Stipendien haben sich von 15 Millionen Kronen im Jahre 1948 auf inzwischen über 164 Millionen Kronen erhöht. Die Zahl der Real- und Gymnasialschüler hat sehr viel schneller als die der verbleibenden Volksschüler zugenommen. Den Eltern wird die weiterführende Ausbildung finanziell erleichtert, weil das Kindergeld von 443 Millionen Kronen im Jahre 1948 - schon vom ersten Kind ab - sich inzwischen einer Milliarde Kronen nähert. Die Schüler werden in den Schulen verpflegt (Milchfrühstück und Mittagessen), wobei die Beträge dafür von 34 Millionen Kronen in 1948 auf weit über 200 Millionen Kronen gegenwärtig angestiegen sind.

Aus den Unterlagen über das Berufsschulwesen in Schweden sei noch zitiert, daß anstelle einer Lehrlingsausbildung inzwischen der Weg über die Berufsfachschulen eingeschlagen worden ist, da man die Ausbildung in diesen Anstalten für besser und gediegener hält. In Schweden gibt es nur noch 4 000 Lehrlinge im herkömmlichen Sinn. Ein dichtes Netz von Werkstattschulen ist über ganz Schweden verbreitet worden. Es führt als zweiter Bildungsweg zum Ingenieur und zu verschiedenen Berufssparten. - In Schweden gibt es einen Jugendrat bei der Regierung, der aus vierzig Mitgliedern besteht. Er befaßt sich mit speziellen Fragen der Jugendsoziologie, Jugendkriminalität oder etwa der Beziehung zwischen Schule und Vereinsleben.